



23. September 2018

„Wir dürfen die historischen Tabubrüche der AfD nicht mehr hinnehmen – Der Verfassungsschutz ist gefragt“

Bayerns Beauftragter gegen Antisemitismus und für Erinnerungsarbeit Dr. Spaenle fordert die Beobachtung von AfD-Politikern durch den Verfassungsschutz – Dr. Spaenle unterstützt Ansicht des Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

MÜNCHEN. Dr. Ludwig Spaenle, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, hat die Beobachtung von AfD-Politikern durch den Verfassungsschutz des Bundes und der Länder gefordert und sich mit dieser Forderung der Position des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, angeschlossen. Auf der Grundlage einer eigenen Beobachtung sagt Dr. Spaenle: „In der AfD werden die Verbrechen der Nationalsozialisten geleugnet oder schön geredet. Die Ermordung von Millionen Menschen und der Beginn eines verbrecherischen Krieges lassen sich nicht leugnen und verharmlosen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die AfD mit ihren historischen Tabubrüchen fortfährt und so den Boden geistig für den Rechtsradikalismus weiter bereitet.“

Konkret begründet der bayerische Antisemitismusbeauftragte Spaenle seine Forderung nach einer Beobachtung von AfD-Politikern durch Verfassungsschutzorgane mit Aussagen und Aktion von diesen, z. B.:

- Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Osnabrücker Kreistag Felix Elsemann hat zusammen mit rechtsextremen Personen Hitlers Geburtstag in Ostritz gefeiert.
- Am 2. Juni z. B. hatte der AfD-Vorsitzender Alexander Gauland Hitler und den Nationalsozialismus im Bundestag als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte verharmlost.
- Am 10. Juli hatten Teilnehmer eine Besuchergruppe der AfD aus dem Stimmkreis der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen die Verbrechen der Nationalsozialisten relativiert und die Gaskammern geleugnet.

- Am 2. August 2018 hatte Lars Steinke, der niedersächsische Landesvorsitzende der Jungen Alternative (Jugendorganisation der AfD), auf einem Facebook-Eintrag den Hitler-Attentäter Oberst von Stauffenberg in übelster Form diffamiert.
- Am 2. September hatten AfD-Landesvorsitzende etwa aus Sachsen und Thüringen bei einer Kundgebung in Chemnitz den Schulterschluss mit der Pegida-Bewegung und verschiedenen rechtspopulistischen Gruppen praktiziert.

„Es reicht mit den historischen Tabubrüchen der AfD. Deren Ziel ist es, rechtsradikale Ideen nach und nach salonfähig zu machen und den Boden für eine neue umfassende rechtsradikale Bewegung zu bereiten. Hier haben unsere Verfassungsschutzbehörden einen klaren Auftrag. Es geht um den Schutz der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“, so Antisemitismusbeauftragte Dr. Spaenle.

Dr. L. Unger, Tel. 01738632709

Hinweis für Redaktionen: Antisemitismusbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle ist für Redaktionsanfragen telefonisch zu erreichen unter der Mobilfunknummer 015771472495.